

Initiativantrag

**der unterzeichneten freiheitlichen Abgeordneten
betreffend
eine Rücknahme der Polizeipostenschließungen in Oberösterreich**

Gemäß § 25 Abs. 6 der Landtagsgeschäftsordnung wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Resolution

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung für eine sofortige Rücknahme der Polizeipostenschließungen in Oberösterreich einzutreten, und dies mit dem Argument zu vertreten, dass die Entscheidungen nicht ausschließlich objektiv, sondern zumindest teilweise politisch motiviert getroffen wurden.

Begründung

Vor einigen Monaten wurden die Absicht des Innenministeriums für eine Schließungswelle von Polizeiposten bekannt. Trotz umfassender Kritik und dem Widerstand der betroffenen Gemeinden wurde an den Plänen festgehalten. Die Umsetzung ist bereits im Gange, die ersten Dienststellen wurden bereits zugesperrt.

Mittlerweile steht fest, dass die Entscheidungen entgegen eines kommunizierten Kriterienkatalogs (Dienststellengröße und Arbeitsauslastung, Entfernung zwischen den Dienststellen, Topografische und geografische Lage, Zugänglichkeit des Überwachungsgebiets, Bevölkerungsstruktur, Infrastruktur, sonstige sicherheitsdienstlich relevante Einrichtungen) nicht ausschließlich objektiv, sondern mitunter politisch motiviert getroffen wurden. Diese Feststellung kann am Beispiel der Postenschließungen im Bezirk Grieskirchen nachgewiesen werden.

Um das Faktum, dass die Entscheidung über einige Postenschließungen unsachlich und teilweise parteipolitisch motiviert vorgenommen wurde, aus der Welt zu schaffen, müssen alle Polizeipostenschließungen in Oberösterreich zurückgenommen werden.

Linz, am 13.05.2014

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

Klinger, Mahr, Lackner, Nerat, Cramer, Povysil, Wall, Schießl